

Persönliche Erfahrungen in Israel und Palästina

von Judith Bernstein¹

Ich möchte Ihnen keine Details vortragen, die man der Presse entnehmen kann, sondern einen persönlichen Bericht über das Verhältnis Israels zu den Palästinensern geben, denn ich glaube, dass meine eigene Geschichte zum Teil die Geschichte Israels bis zum heutigen Tag widerspiegelt.

Ich bin noch vor der Gründung des Staates Israel geboren, also praktisch noch in Palästina. Meine Eltern sind Mitte der dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts nach Palästina geflohen, nachdem sie kein anderes Land aufnehmen wollte. Sie waren weder religiös, noch waren sie Zionisten, und bestimmt sind sie nicht hingegangen mit der Absicht, die Palästinenser zu vertreiben, sondern sie mussten aus Deutschland fliehen, um ihr Leben zu retten. Meine Großeltern sind in Erfurt geblieben und wurden in Auschwitz ermordet.

Auch wenn wir Kinder und vor allem natürlich die Eltern von dieser Geschichte geprägt waren, so spielte sie nach der Gründung Israels keine so große Rolle. Man war mit dem Aufbau des jungen Staates beschäftigt. Dass damit ein neues Unrecht einherging, wissen wir heute. Auf den Holocaust werde ich noch zu sprechen kommen.

Jerusalem, wo ich geboren und aufgewachsen bin, war damals eine kleine gemütliche Stadt. Jeder kannte jeden. Die „andere“ Seite hingegen war uns fremd. Der berühmte Satz der späteren Premierministerin Golda Meir aus den siebziger Jahren „Es gibt keine Palästinenser“ spiegelte unsere Wahrnehmungen wider. Praktisch war die Stadt durch eine Mauer mit dem berühmten Mandelbaumtor geteilt. Dort lebten „die bösen Araber“. Wir kannten sie nicht.

¹ Vortrag in der Montessori-Fachoberschule München anlässlich der „Nakba“-Ausstellung am 09. Januar 2014.

Dasselbe galt auch umgekehrt. In einem Interview mit Uri Avnery hat sich der 1955 in der Altstadt geborene Islamwissenschaftler Nazmi al-Jubeh über die Jahre bis 1967 so geäußert: „Unser Leben, unsere Welt als Stadtkinder war absolut begrenzt von Mauern. Alles außerhalb der Mauern interessierte uns nicht. Als Kinder wussten wir nichts über den israelischen Teil; wir wussten nur etwas von der arabischen Stadt.“

Frühe Kontakte meiner Familie

Im Gegensatz zu den meisten jungen Israelis hatte ich durch das Sportgeschäft meiner Eltern Kontakt zu christlichen Arabern, die nach dem Krieg 1948 in Israel geblieben waren; leider sind sie später vor allem in die USA ausgewandert, da sie für sich keine Zukunft in Israel sahen. Damit war auch meine konkrete Verbindung zu Arabern zumindest vorerst beendet. Die Unterscheidung zwischen diesen und den Arabern auf der anderen Seite der Stadt konnte ich mir nie erklären. Zwar sah man Araber im Galiläa, in Akko oder Jaffa, Drusen, die in der Nähe von Haifa lebten, und Beduinen im Negev, die alle unter Militärverwaltung standen. Doch waren die Palästinenser im Alltag der Israelis nicht präsent.

Was die Flüchtlinge anging, so wurde uns erzählt, dass diese alle geflohen seien, von Vertreibung war keine Rede. Über ihr Schicksal hat sich niemand Gedanken gemacht – es wurde nicht gefragt, wohin sie gingen und was aus ihnen wurde. Israel war sich seiner Schuld an der Flucht und Vertreibung nie bewusst, denn – wie es hieß – sie waren doch selbst an ihrem Schicksal schuld.

Dies ist leider bis heute der Fall trotz der Erkenntnisse der „neuen Historiker“ geblieben. Zwar haben ihre Recherchen zu manch heftigen Diskussionen unter Intellektuellen geführt, doch erreichen sie weder die politische Klasse, noch die Mehrheit der Bevölkerung. Das gleiche galt für die 500 Dörfer, die zerstört wurden. So fuhren wir auf dem Weg nach Tel Aviv an Lifta vorbei und bewunderten die schöne Landschaft. Am Samstag

fuhren wir nach Beit Shemesh, um Blumen zu pflücken. Unsere Toten wurden auf dem Friedhof Givat Shaul begraben, das in der Nähe von Deir Jassin gebaut wurde – und niemand fragte nach den Bewohnern dieser Dörfer, es war die vollständige Verdrängung. Auf die Frage, wie die Israelis an die schönen arabischen Häuser im Jerusalemer Ortsteil Talbiyeh kamen, erhielt man die Antwort, dass man in einen Fond zugunsten der ehemaligen Bewohner einzahle – ich bezweifle, ob jemals ein Palästinenser einen Cent davon gesehen hat.

Im Gegensatz zu den meisten meiner Freunde, die heute zur Friedensszene gehören, stamme ich nicht aus einer kommunistischen Familie, mein Elternhaus war sehr liberal. Vielleicht hing das damit zusammen, dass meine Eltern aus Deutschland kamen. Bekanntlich waren es deutsche Juden wie Martin Buber, Akiva Ernst Simon, Robert Weltsch, Gustav Landauer und Gershom Scholem, deren Bücher man las, die man in Jerusalem kannte und die für ein Zusammenleben mit den Arabern plädierten. Es sind wenig deutsche Juden in die Politik gegangen.

Die meisten meiner Schulkameraden, die auch in der Nachbarschaft – also in Rehavia oder Talbiyeh – wohnten, sind diejenigen, die heute die israelische Politik prägen. Dazu gehören der Berater und der Rechtsanwalt Benjamin Netanjahus, Izik Molcho und David Schimron, der ehemalige Präsident der Knesset Reuven „Rubi“ Rivlin, viele Diplomaten sowie Geheimdienstler wie Carmi Gilon und Yuval Diskin und sogar Minister wie Dan Meridor oder Matan Vilnai.

Epochenjahr 1967

Was die Wahrnehmung der Palästinenser anging, so änderte sich natürlich die Situation völlig nach dem Sechs-Tage-Krieg. Wenn man vorher die Palästinenser ignorieren konnte, so waren sie jetzt da. Hinzu kam die Euphorie im Zuge der Eroberung der Westbank. Ich erinnere mich sehr gut, wie die Israelis die palästinensischen Städte „belagerten“, um billig einzukaufen – und der „Feind“ entpuppte sich als sehr freundlich und zuvorkommend. Es entstanden zwar keine Freundschaften, sieht man von manchen intellektuellen Kreisen ab, aber die wirtschaftlichen Beziehungen

prosperierten. Aber natürlich war immer klar, wer der Besatzer und wer der Besetzte war. Trotzdem würde ich diese Zeit – Anfang der 1970iger Jahre – als eine Ausnahme in den Beziehungen zwischen Israelis und Palästinensern bezeichnen.

Dies änderte sich mit dem Einzug der Religion in die israelische Gesellschaft. Denn jetzt kam der Wunsch auf, die heiligen Plätze, die in der Bibel erwähnt sind und bis dahin unerfüllbare Zielpunkte waren, nicht nur zu besuchen, sondern auch zu besitzen. Die Siedler wurden zum Handlanger der Politik. Unter den Augen der „Weltgemeinschaft“ wurde immer mehr palästinensischer Boden konfisziert und den Siedlern übergeben. Auch versuchte der Staat durch preisgünstige Darlehen Israelis dazu zu bewegen, in die Westbank zu ziehen. Und wieder zeigte sich, dass die Mehrheit der Israelis gegenüber der Landnahme zu Lasten der Palästinenser gleichgültig blieb. Ich glaube, dass die eigene Macht die Israelis für das Schicksal der Palästinenser hat erblinden lassen.

Die Palästinenser wurden immer mehr drangsaliert, schikaniert und gedemütigt. Dass dies nicht ohne Konsequenzen geblieben ist, kann man sich gut vorstellen. Leider griffen die Palästinenser zur Gewalt, weil sie gegenüber den mächtigen Israelis keinen anderen Weg sahen, sich zu wehren. Dennoch haben die meisten Israelis die Selbstmordattentate nicht als Resultat ihrer eigenen Politik gesehen (wobei auch die jüdischen Untergrundorganisationen „Etzel“ und „Lechi“ in der Mandatszeit zu den gleichen Methoden griffen, um national unabhängig zu werden), sondern so, als ob die Palästinenser mit einem genetischen Defekt geboren seien. Dies hat zur Einrichtung der „Sicherheitsmaßnahmen“ geführt. Checkpoints wurden gebaut, die „Trennungsmauern“ errichtet (die Pläne dafür lagen schon zuvor in den Schubladen), und die Palästinenser wurden noch mehr schikaniert.

Jerusalem

Ich verbringe jedes Jahr zwei Monate in Israel und Palästina. Obwohl ich in West-Jerusalem aufgewachsen bin, wohne ich im Osten der Stadt. Ich bin immer wieder erstaunt, wie wenig die jüdischen Israelis ihre „vereinigte“

Stadt kennen. Man besucht zwar die Altstadt, um billig einzukaufen, und geht auch einmal in ein arabisches Restaurant, mehr aber auch nicht. Nach 33 Jahren des „vereinigten“ Jerusalem wissen die Israelis nichts über ihre Nachbarn, die in der gleichen Stadt leben. Nur in der Straßenbahn trifft man beide, vorwiegend orthodoxe Juden und Palästinenser. Es sind die Orthodoxen, die sich in Ost-Jerusalem so bewegen, als ob auch dieser Teil ihnen gehören würde. Das ist besonders auffällig während der jüdischen Feiertage, wenn die Altstadt für die Palästinenser gesperrt ist und die Orthodoxen demonstrativ zur Klagemauer ziehen.

Jerusalem, eine Stadt von fast 1 Million Einwohner, ist heute geteilter denn je. Im Osten leben 70% Palästinenser unter der Armutsgrenze, bei den Kindern sind es sogar 84%. Aber nur 9% des Stadtbudgets entfallen auf eine Bevölkerung von 38%, was sich natürlich auf die Infrastruktur auswirkt. Von den 600.000 jüdischen Israelis lebt ein Drittel im Osten der Stadt. Auf 10 Palästinenser kommen sieben jüdische Siedler.

Besonders betroffen sind die Bewohner von Silwan, weil dort in „Ir David“ („Stadt Davids“) jüdische Ausgrabungsorte entdeckt wurden. Es werden immer wieder Häuser zerstört oder von Siedlern durch Strohmänner erworben. In Sheikh Jarrach, einem besonders schönen Teil Ost-Jerusalems in der Nähe des „American Colony Hotel“, werden die Palästinenser aus ihren Häusern vertrieben, um Platz für Siedler zu schaffen mit der Begründung, dass in den 1920iger Jahren dort Juden gelebt haben. Das wird stimmen, doch wäre daraus nicht zu folgern, dass die arabische Bevölkerung Israels ihren Besitz ebenfalls zurückbekommen müsste? Jede Woche finden in Sheikh Jarrach Demonstrationen von Israelis und Palästinensern statt, die aber leider bisher wenig erfolgreich geblieben sind.

Die Frauen von „Machsom Watch“

Während meiner Reisen in die Westbank schließe ich mich regelmäßig den Frauen von „Machsom Watch“ („Machsom“ ist das hebräische Wort für Checkpoint) an den Checkpoints an. Da die Palästinenser geduldig bei jedem Wetter in langen Schlangen stehen, auf Krankenwagen warten

müssen und die Einkassierung von Reisegenehmigungen für die Strecke zwischen Bethlehem und Ramallah befürchten, begleiten die Frauen von „Machsom Watch“ auch junge Palästinenser zum Gericht, wo sie wegen geringer Vergehen zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt werden, während Übergriffe israelischer Siedler, Polizisten und Soldaten ungeahndet bleiben. Wir selbst, meine Freundinnen und ich, wurden in Qalandia festgehalten, weil wir dort fotografierten, als ob man verhindern wolle, dass die politische Wahrheit ans Licht kommt. Jede Woche fahren die Frauen von „Machsom Watch“ an die Checkpoints, doch nach 12 Jahren gestehen sei ein, dass sie wenig oder gar nichts erreicht haben.

Vor allem in Area C mit 61% der palästinensischen Fläche ist man mit der Brutalität der Besatzung konfrontiert. Die Palästinenser werden von den Siedlern – oft mit Hilfe des Militärs – von ihren Feldern gejagt, und ihre Olivenbäume – ihre Haupteinnahme – werden ausgerissen und landen manchmal zum Verkauf auf dem israelischen Markt. Auch werden Häuser mit der Begründung zerstört, dass sie auf historischem Boden stünden und illegal errichtet würden. Sie werden in die überbevölkerte Area A abgeschoben, um soviel Land wie möglich zu enteignen. Für jeden „Outpost“, den die Siedler nach Gerichtsurteilen tatsächlich räumen müssen, zahlen die Palästinenser den Preis („price tag“) mit Akten des Vandalismus. Gerade in der letzten Zeit häufen sich die Fälle von Siedlern, die in palästinensischen Dörfern und sogar in eine Schule eingedrungen sind. Das Militär steht tatenlos daneben oder beteiligt sich an diesen Vorkommnissen.

Erinnern oder resignieren

Wenn ich für einige Tage zu meiner Tochter nach Tel Aviv fahre, habe ich den Eindruck, auf einem anderen Planeten zu sein. Obwohl die Entfernung nur 58 km ist, sind Welten zwischen beiden Städten. Auch in Tel Aviv trifft man zwar immer mehr auf Orthodoxe, aber noch überwiegt die säkulare Gesellschaft. Der Konflikt scheint hier weit weg zu sein, auch wenn man sich sehr gut darüber informieren kann. Die Universität, israelische und internationale NGO's sowie die deutschen Stiftungen bieten Diskussionen an, in der Cinemathek laufen kritische Filme, und bei „Zochrot“ („Erinnern“)

kann man sich gründlich über die Flüchtlinge und die zerstörten Dörfer von damals informieren.

Wenn man mit Palästinensern spricht, so kann man beobachten, wie die einen resigniert haben, während andere Zuflucht in der Religion suchen, und eine dritte Gruppe der Besatzung trotzt. Letztere warten weder auf die arabischen Regierungen noch auf den Westen. Sie ignorieren Israel (soweit das möglich ist), sorgen für eine gute Ausbildung ihrer Kinder und feiern ihre Feste, Geburtstage, Hochzeiten, Jubiläen. Angesprochen auf die von der EU finanzierten Projekte sagen sie, dass sie diese ablehnen, weil sie sie zu Bittstellern machen, die Korruption fördern und die Abhängigkeit vertiefen. Man solle dafür sorgen, dass die Besatzung aufhört, dann könnten sie für sich selber sorgen: „Wir brauchen eine politische Lösung statt des ständigen Finanztransfers.“

Es ist erstaunlich wie stark der Selbstbehauptungswille der Palästinenser ist. Vielleicht hängt das auch damit zusammen, dass die Sympathien weltweit zwar nicht unter den Politikern, aber bei den Bevölkerungen heute auf ihrer Seite liegen, und vielleicht in ihrem Glauben, dass nach den Kreuzrittern, Osmanen und Briten auch die Israelis eines Tages verschwinden werden.

Das Gros der palästinensischen Bevölkerung versteht längst nicht mehr, worüber die Autonomiebehörde angesichts der „vollendeten Tatsachen“ verhandelt. Für sie hat sich die Gründung eines souveränen Staates Palästina weitgehend erledigt, weil ein zusammenhängendes Territorium nicht in Sicht ist. Viele meinen, dass die Auflösung jüdischer Siedlungen und ein militärischer Abzug aus der Westbank – ganz zu schweigen von der Teilung Jerusalems – auf einen Bürgerkrieg in Israel hinauslaufen würde, für den der Verzicht auf Gaza im Sommer 2005 nur einen schwachen Vorgeschmack geliefert habe.

Hingegen hat man in Israel das Gefühl, dass die Mehrheit im Dunkeln tappt, während die Siedler fest im Sattel sitzen. Sie haben sämtliche staatliche Einrichtungen erfolgreich unterwandert und bedienen sich der säkularen Israelis nur als „Esel des Messias“. Die sozialen Spannungen haben sich noch weiter vertieft. Der Hoffnungsträger der Säkularen,

Finanzminister Yair Lapid hat die hohen Erwartungen an ihn nicht erfüllt. Er hat sich lächerlich gemacht, als er vor kurzem in Budapest sein Unverständnis gegenüber den Israelis bekundete, die nach Berlin gezogen sind, um dort bessere Arbeits- und Wohnbedingungen zu finden, und damit – wie er meinte – ihren einzigen Staat „in den Müll geworfen“ haben. Die große Mehrheit der Israelis allerdings stellt die Verbindung zwischen der Besatzung (die ein großer Etat des israelischen Budgets schluckt) und der sozialen Situation noch nicht her.

Es herrschen Chaos, Hysterie, Willkür, Apathie und Gleichgültigkeit, überall, ob an den Checkpoints, in Ost-Jerusalem oder am Flughafen – von ihnen sind in erster Linie die Palästinenser betroffen, mittlerweile aber auch die politisch links stehenden Israelis und vor allem in der letzten Zeit die Flüchtlinge aus Afrika.

Viele Israelis wissen nicht, oder wollen nicht wissen, was in ihrem Namen geschieht. Die „Trennungsmauern“ sorgen dafür, dass sie nicht sehen, was hinter ihnen passiert. Andere meinen sogar, dass die Politik ihrer Regierung richtig ist. Die israelischen Behörden verweigern ihren Staatsbürgern die Einreise in die palästinensischen Gebiete, damit keine Zweifel aufkommen, ob das Handeln der Soldaten und der Siedler tatsächlich etwas mit „Sicherheit“ zu tun hat. Durch das Verbot die palästinensischen Gebiete zu besuchen, werden Kontakte zur anderen Seite verhindert. Wie wir wissen hält dieser Zustand bis heute an.

Wie konnte es dazu kommen?

Ich denke, dass eine Antwort auf diese Frage auf den Holocaust bzw. auf seine Manipulation zurückführt. Als ob gegenwärtig der Holocaust zum zweiten Mal zuschlägt – und dass, obwohl Israel einer der größten Waffenexporteure der Welt ist.

Wie ich anfangs sagte, spielte die „Shoah“ in den ersten Jahren keine so große Rolle. Das hing auch damit zusammen, dass die Eltern schwiegen, dass man noch nicht so viel über das Ausmaß dieser Katastrophe wusste, aus Scham, dass man überlebt hatte, und dass man vom Diaspora-Juden wegkommen und eine neue israelische Identität schaffen wollte. Wie tief

aber diese Geschichte in der israelischen Gesellschaft verankert ist, ist mir im Frühjahr letzten Jahres bewusst geworden, als ich den Holocausttag miterlebte. Der Tag findet kurz vor dem Erinnerungstag an die Soldaten und vor dem Unabhängigkeitstag statt. Ich fand das Gedenken an die „Shoah“ sogar als bedrückender als den Tag zur Erinnerung an die toten Soldaten. Ob Ashkenasim oder Sfaradim: Das ganze Land stand still, war vereint und erinnerte sich, als ob diese Geschichte gestern stattgefunden habe.

Die Politik der Angstmacherei ist für alle Politiker und vor allem Netanyahu ein riesiger Erfolg. Jetzt soll sogar der Holocaust im Kindergartenalter vermittelt werden. Der Holocaust, die schlimmste Tragödie in der jüdischen Geschichte, ist zur Identität der Israelis geworden. Ich finde das sehr traurig, denn erstens ist es eine negative Identität – das Judentum hat mehr zu bieten als nur den Holocaust –, und zweitens habe ich das Gefühl, dass damit Israel in seiner Vergangenheit verharrt und seine Zukunft verspielt.

Während wir hier im Ausland die Ausführungen Netanyahus zum Iran als übertrieben empfinden, denkt die Mehrheit der Israelis ähnlich wie er. Netanyahu, der sich als Retter seines Volks sieht, hat erkannt, worauf die Identität der Mehrheit der Israelis basiert – auf zwei Säulen: neben der „Shoah“ auf der Religion. Wir erleben, wie gleichzeitig der Ruf nach der jüdischen und nicht nach einer israelischen Identität immer stärker wird. Auch wenn immer wieder vom demokratischen jüdischen Staat die Rede ist, so zeigen Meinungsumfragen, dass auf den Begriff „Demokratie“ nicht so viel Wert gelegt wird.

Jüdischer Staat oder Staat aller seiner Bürger?

Nach meiner Auffassung kann es keinen jüdischen Staat mit einem nichtjüdischen, nämlich arabisch-palästinensischen, Anteil von über 20 Prozent geben. Auch wenn er über eine jüdische Mehrheit verfügt, muss der Staat allen Bürgern die gleichen Rechte einräumen, so wie Juden und Moslems in Deutschland – in einem christliches Land – Anspruch darauf haben, alle Rechte und Pflichten wie die Mehrheitsgesellschaft zu genießen. Mit seinem Beharren auf dem Charakter als „jüdischem“ Staat

nimmt Netanjahu überdies alle Juden der Welt in Haftung, das heißt Israel bezieht die Diaspora in die Verantwortung für seine Politik ein und missbraucht sie.

Leider wurde die Lesart der israelischen Regierung, ein jüdischer Staat sein zu wollen, von einigen Politikern hierzulande blind übernommen, so etwa auch von der Bundeskanzlerin. Die entsprechende Forderung an die Adresse Machmud Abbas‘ ist ein weiterer Versuch, Verhandlungen über den Endstatuts hinauszuzögern. Weder im Friedensvertrag mit Ägypten 1979 noch mit Jordanien 1994 wurde gegenüber Kairo und Amman ein solches Ansinnen formuliert.

Wenn ich mit Palästinensern spreche, so erzählen sie mir, wo ihre Vorfahren gelebt haben, aus welchen Orten die Verwandten stammen und über ihre Verbundenheit zum Land. Es hat natürlich immer Juden in Palästina gegeben. Aber die Mehrheit wie ich ist in diesem Land nicht verwurzelt. Ich kann zum Beispiel auf meine Vorfahren in Hessen und im Harz verweisen, nicht aber auf Palästina. Daher kommt dem Bezug zur Bibel ein hoher Stellenwert zu. Aber bitte verstehen Sie mich nicht falsch: Die Gründung des Staates Israel war nach dem Holocaust richtig und wichtig, aber die Art, wie man mit seinen Nachbarn umgegangen ist, war falsch.

Parallelen

Trotz der militärischen Stärke und Arroganz glaube ich, dass bei vielen Israelis eine tiefe Unsicherheit vorherrscht. Sie wollen sich nicht mit der Geschichte seit 1967 beschäftigen, weil sie befürchten, dass sie sich auch mit 1948 auseinandersetzen müssten. Allerdings hat die Weigerung, sich mit der Flucht und der Vertreibung von 750.000 Arabern und der Zerstörung von mehr als 500 Dörfern, wie wir sie in der Ausstellung sehen, sowie mit der Siedlungspolitik nach dem 6-Tage-Krieg befassen zu wollen, dazu geführt, dass die Geschichte sie einholt. Immer mehr Palästinenser sprechen von der Rückkehr in die Orte, von denen sie vertrieben wurden oder geflohen sind.

Der Völkermord an den Juden hat viele Menschen in Europa dazu veranlasst, zur Politik des Staates Israel zu schweigen. Die besonders in Deutschland immer wieder beschworene Verbundenheit läuft jedoch darauf hinaus, die selbstzerstörerische Politik abzustützen. Solange die Europäer die Regierung in Jerusalem gewähren lassen, wird diese keine Veranlassung zu einer Umkehr ihrer Politik sehen. Es ist schwer nachvollziehbar, warum die USA und die Europäische Union nicht mit Nachdruck verlangen, dass Israel seine Politik gegenüber den Palästinensern ändert und seine Grenzen zum Gazastreifen öffnet.

Als mein Mann und ich im vor zwei Jahren beim Auswärtigen Amt waren, wurden wir mit der Bemerkung empfangen, dass man sich wegen des wachsenden Antisemitismus große Sorgen mache. Es stimmt, die Stimmung gegenüber Israel und mittlerweile auch gegenüber den Juden in der Bundesrepublik ist in teilweise höchst aggressive Tonlagen umgeschlagen, aber das liegt auch am Versagen der Politik. Viele Menschen hierzulande können die doppelten Standards nicht nachvollziehen, wenn es um Israel geht.

Appelle

Deutschland und die EU müssen der israelischen Regierung deutlich machen, dass Menschenrechtsverletzungen (und darum geht es ja) inakzeptabel sind. Stattdessen haben sie durch ihre Haltung die Israelis in ihrem Handeln bestätigt und damit sie mehrheitlich so blind gemacht, dass sie nicht sehen wollen, was sie sich, ihren Kindern und Enkeln antun. Sie sind vollkommen realitätsfremd geworden. Die Einwirkung von außen ist dringend. Der Frieden liegt auch im deutschen Interesse. Wie soll das Zusammenleben zwischen Moslems, Juden und Christen funktionieren, wenn der alte Kernkonflikt des Nahen Ostens bei Millionen Moslems heftige Emotionen hervorruft?

Aber trotz regelmäßiger Resolutionen und Proteste setzt Israel seine Siedlungspolitik fort, wobei die Zwei-Staaten-Lösung im wahrsten Sinn des Wortes verbaut worden ist. Aber auch die Vorstellung eines gemeinsamen jüdisch-arabischen-Staates findet bei der Mehrheit keine Zustimmung.

Ich glaube, dass uns die Konzentration auf die Zwei-Staaten-Lösung – die ich nicht mehr für realistisch halte – den Blick auf Alternativen versperrt. Andererseits frage ich mich, warum wir uns überhaupt anmaßen, beiden Völkern ihre politische Zukunft vorschreiben zu wollen. Für viele Palästinenser spielt diese europäische Diskussion heute keine Rolle. Stattdessen gilt für sie: Beendigung der israelischen Besatzung und gleiche Rechte. Nur dann kann es zu einem friedlichen Ausgleich zwischen beiden Völkern kommen, und damit wird auch Israel vor seinem Niedergang bewahrt.

Statt israelische Politiker zu hofieren, ist es höchste Zeit, unser Augenmerk noch mehr auf die zivilgesellschaftlichen Bewegungen zu richten. So verwunderlich es sich anhört: Israelis und Palästinenser sind natürliche Verbündeten. Deshalb ist es auch für uns in Europa vorrangig, die Friedenskräfte auf beiden Seiten in ihren Bemühungen zu unterstützen, einen Ausgleich zwischen beiden Völkern auf Augenhöhe zu erreichen.

Anlässlich seines 90. Geburtstags hatte der bekannte Friedensaktivist Uri Avnery zu einer Diskussion in Tel Aviv mit dem Titel eingeladen „Wird Israel in 90 Jahren noch bestehen?“ Diese Frage stellen sich immer mehr Israelis, und ich denke, dass auch wir uns darüber Gedanken machen sollten.
